

Wer könnte jemals die Fernsehbilder vom 11. September 2001 vergessen? Bilder vom Einschlag der Flugzeuge; Bilder von Menschen, die aus den oberen Stockwerken der brennenden Türme in den sicheren Tod springen; Bilder vom Einsturz der Türme; Bilder schließlich von den rauchenden Trümmern. Der schwerste Terroranschlag in der Geschichte der Menschheit: Er traf die USA und damit treue Freunde Deutschlands, galt aber der gesamten westlichen Welt, zielte letztlich auf die westliche Art, in Freiheit, Pluralismus und Frieden zu leben.

Die islamistischen Urheber der Anschläge kennzeichnet ein Fanatismus, mit dem sie vor allem die „Kreuzfahrer“ zu verunglimpfen suchen samt ihrer politischen und wirtschaftlichen Grundordnung, der Demokratie und Marktwirtschaft. Oft erklären Islamisten die rechtsstaatliche Demokratie für unvereinbar mit dem Islam und umgekehrt. Auch intern bereitet Pluralismus vielen Islamisten große Probleme, wie ihre Auseinandersetzungen mit Kritik in den eigenen Reihen zeigt. Zuweilen noch stärker als Rechts- und Linksextremismus agieren und agitieren moslemisch-„grüne“ Fundamentalisten massiv gegen die USA – der Islamismus nennt die USA den Urheber beinahe aller wesentlichen Übel. Vehementen als andere Extremisten äußern Islamisten rigorose Israelkritik, die oft nahtlos in eine Israel- und Judenfeindschaft übergeht. Dazu gehören Versuche, Hitlers Massenmorde an Juden zu rechtfertigen. Mehr noch: Punktuell ver-

schmilzt der islamistische Antiamerikanismus mit der Juden- beziehungsweise Israelfeindschaft der Islamisten. So nennen Islamisten Israel einen Satellitenstaat der USA. Damit nutzen Islamisten die USA, Israel beziehungsweise Juden als „Sündenbock“.

Ähnlich wie andere Extremisten äußern sich Islamisten PLO-freundlich, negieren das Leid von Juden unter Hitler und bekämpfen die Existenz Israels. Islamisten hetzen gegen eine angebliche „jüdische Weltverschwörung“ – danach verfügen Juden bis heute etwa in Wirtschaft und Medien über einen überproportionalen, ungerechtfertigten Einfluss; sie gelten zudem als Auslöser sowohl des Ersten als auch Zweiten Weltkriegs. Allerdings: Eine antikapitalistische Art von Judenfeindschaft gibt es ebenfalls bei militanten Globalisierungsgegnern, aber auch schon bei Karl Marx in seiner Schrift *Zur Judenfrage*: „Das Geld ist der eifrige Gott Israels [...] Der Wechsel ist der wirkliche Gott der Juden.“ Islamisten teilen die Welt schlicht in Gut und Böse, in Freund und Feind, das heißt: einerseits Islam beziehungsweise eine bestimmte Form des Islam, andererseits alle anderen Weltanschauungen beziehungsweise Religionen. Auch wenn Islamisten moderne Technik nutzen: Ihre Agitation und ihre Aktivitäten bedeuten einen Aufstand gegen die Moderne.

Islamisten bekämpfen die Trennung von weltlicher und geistlicher Herrschaft. Sie negieren ähnlich wie andere Extremisten „westliche“ Menschenrechte, vor al-

lem die Fundamentalgleichheit der Menschen (etwa die Fundamentalgleichheit der Geschlechter), verweigern religiöse Toleranz und verfechten ihre Weltanschauung vehement. Deshalb gibt es immer wieder Islamisten, die (Selbst-)Mordanschläge mit bis zu tausenden von Toten und Verletzten verüben. Insbesondere die kriegesischen Anschläge des 11. September 2001 bedeuteten den fanatischen Versuch, das politische, wirtschaftliche und militärische Zentrum der westlichen Welt, der westlichen Demokratien, der westlichen Kultur zu zerstören; eine Kultur, die Islamisten, aber auch andere Extremisten für dekadent halten. Als Vorreiter „des“ Westens gelten die USA, Großbritannien und, im Hintergrund, Israel. Bei allen Unterschieden: Gerade in ihrem Ressentiment beziehungsweise Hass gegen „den“ Westen, gegen die (alten) Demokratien des Westens ähneln Islamisten anderen Extremisten und totalitären Ideologien.

Absoluter Herrschaftsanspruch

Im Kern zielen heterophobe Islamisten auf eine religiös homogene Gesellschaft, in der Andersgläubige oder Nichtgläubige als Ungläubige mit Unterdrückung und gar Ermordung rechnen müssen. Ähnlich wie andere Extremisten und vor allem totalitäre Diktaturen beanspruchen Fundamentalisten umfassende Herrschaft – die Autonomie der Individuen gilt Islamisten wenig. Denn sie meinen, keine relative, sondern eine absolute Wahrheit zu verfechten. Allerdings: Zuweilen nutzen Islamisten den Islam, um ihren Herrschaftsanspruch massenwirksam zu bemänteln. Ob und inwieweit sich der Islam besser als andere Religionen dazu eignet, sich von Fanatikern pervertieren zu lassen, lautet eine andere Frage. Kurz: Zwischen dem Islamismus und anderen Formen des Extremismus existieren deutliche Schnittmengen. Im Islamismus gibt es zahlreiche Ideologie-Ele-

mente, die sich sowohl im Rechts- als auch im Linksextremismus finden.

In öffentlichen Diskussionen kommt es darauf an, die tatsächlichen von den angeblichen Gründen des islamistischen Terrors zu unterscheiden. Niemand sollte sich insbesondere über die Gründe täuschen lassen, warum islamistische Terroristen bei manchen Moslems heimlichen oder offenen Beifall bekommen, ja mitunter sogar konkrete Unterstützung finden. Kein wirklicher, sondern nur ein vorgeschobener Grund für die Anschläge in Madrid und London ist der jüngste Irakkrieg. Gewiss rangieren Teilnehmer der Anti-Saddam-Koalition ganz oben auf der Terrorliste. Doch der mörderische Islamismus zielt im Kern auf alle Ungläubigen, das heißt letztlich auf alle Nicht-Islamisten. El Kaida brauchte deshalb den jüngsten Irakkrieg im Jahre 2003 weder für den ersten Anschlag auf das World Trade Center 1993 noch für die schweren Attentate auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressalam 1998. Auch die Anschläge vom 11. September 2001 und die Morde an deutschen Touristen auf Djerba 2002 liegen chronologisch vor dem jüngsten Irakkrieg, der einen der brutalsten und gefährlichsten Diktatoren der Gegenwart stürzte.

Die feigen Bomben auf Unschuldige in Istanbul trafen gar ein moderat islamisches Land, das sich dem Irakkrieg verweigert hatte. Wie moslemfreundlich umgekehrt die USA agieren, zeigt sowohl der Krieg zur Befreiung Kuwaits von Saddam Hussein als auch der Waffengang im ehemaligen Jugoslawien; eine militärische Auseinandersetzung, in der die US-Armee gerade auch bosnische Moslems vom menschenverachtenden Diktator Milosevic befreite, der ebenso wie die Taliban keine Ölquellen besaß. Insgesamt scheint es absurd, den US-Einsatz im Irak oder anderswo auf Gier nach Öl zurückzuführen.

Die tatsächlichen Gründe für Islamismus finden sich woanders. Im Kern profi-

tieren Islamisten von muslimischen Minderwertigkeitsgefühlen gegenüber der westlichen Zivilisation. Das zentrale Problem scheint weniger zu sein, was der Westen tut, sondern eher, was er ist: Nämlich eine „ständige Erinnerung daran, dass die muslimische Zivilisation ihre besten Zeiten längst hinter sich hat [...] Bis heute sehen Muslime im Koran den Bauplan für eine perfekte Gesellschaft, die allen anderen überlegen ist. Im ersten halben Jahrhundert nach der Verkündigung Mohammeds im siebten Jahrhundert konnte die muslimische Zivilisation diese Überlegenheit tatsächlich gegenüber vielen Kulturen in Anspruch nehmen. Sie war mächtig, vital, wissbegierig und deshalb auch wohlhabend. Doch das ist lange her“ (Clemens Wergin). Vor wenigen Jahren äußerte dazu der frühere Kardinal Ratzinger und heutige Papst Benedikt: „Es ist sicher, dass bis zum gesamten ersten Jahrtausend die islamische Kultur auf vielen Gebieten überlegen war: in der Mathematik, in der Medizin, in der Wissenschaft, in der Architektur, in der Kunst.“

Den Anschluss verloren

Inzwischen hat die islamische Zivilisation allerdings den Anschluss verloren – geistig, wirtschaftlich und politisch. Deshalb verbreiten Islamisten Verschwörungslegenden und suchen Sündenböcke, sprich vor allem die USA, Großbritannien, Israel und den Westen allgemein. Mitunter fällt solche Agitation auf fruchtbare Felder und schafft beziehungsweise schürt Fanatismus. Doch die Hauptverantwortung für Diktatur, Misswirtschaft, soziale Ungerechtigkeit, technologische Rückständigkeit und Unterdrückung von Frauen liegt bei arabischen Regimen selbst; Regime, die größtmögliche Gegenwehr verdienen. Es sind ja vor allem Diktaturen, in denen Hunger und Elend herrschen.

Deshalb: „Der islamistische Terrorismus ist ein Problem für uns, aber nicht

unser Problem. Es ist ein Problem der muslimischen Gesellschaften, das diese weitgehend mit sich selbst ausmachen müssen. Die geistige Auseinandersetzung mit den islamischen Quellen dieses Terrorismus kommt aber nur schleppend voran [...]“ (Clemens Wergin). Solange aber „die autoritären Herrscher in der Region ihre Gesellschaften nicht öffnen, ihre Wirtschaft nicht entriegeln und kein fruchtbares geistiges Leben ermöglichen, werden diese Staaten weiter zurückfallen. Keine Gesellschaft konnte es sich in der Geschichte leisten, am wissenschaftlichen, technischen und politischen Fortschritt in der Welt nicht teilzuhaben. Aber niemals waren die Kosten der Unbeweglichkeit höher als heute. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, der Deregulierung der indischen Wirtschaft und vieler lateinamerikanischen Märkte, mit der (zumindest wirtschaftlichen, Vf.) Öffnung Chinas beteiligen sich heute etwa drei Milliarden Menschen mehr an der globalen Wirtschaft als zur Zeit des Kalten Krieges ... der Nahe und der Mittlere Osten hingegen fallen zurück“ (Clemens Wergin).

Zugleich „erleichtert das Zusammenrücken der Welt Vergleiche zwischen Ländern und Regionen [...] ein Grund, warum muslimische Jugendliche heute mehr denn je darunter leiden, dass sie die Möglichkeiten, die ihnen diese neue Welt bieten könnte (sic), so wenig nutzen können. So entsteht enorme Frustration“ (Clemens Wergin). Allerdings: Es gilt zu überlegen, ob Islamisten das Schicksal von Moslems überhaupt interessiert oder ob sie Missstände lediglich missbrauchen, um ihre Ideologie zu legitimieren, um ihren totalitären Herrschaftsanspruch weltweit durchzusetzen – ähnlich wie Hitler und Stalin es versuchten.

Wie gegenwärtig die islamistische Bedrohung ist, zeigen die letzten Jahre und Monate. Der pseudoreligiöse Terror rückt näher: Inzwischen morden islamistische

Fanatiker in Europa, zunächst im März 2004 in Madrid und jetzt – im vergangenen Sommer – in London. Zwar gibt es keinen Grund für Hysterie oder Panik: Doch auch Deutschland kann sich keinesfalls in Sicherheit wiegen. Niemand sollte sich etwas vormachen oder vormachen lassen: Auch die Bundesrepublik kann zum Opfer von Anschlägen werden.

Erstens und vor allem, weil Deutschland mit achtzig Millionen Einwohnern zu den Zentralmächten der westlichen Welt zählt. Zweitens, weil Deutschland hilft, irakische Polizisten und Soldaten auszubilden. Drittens, weil Deutschland mit guten Gründen auch in Afghanistan daran mitwirkt, gegen Terror und für Rechtsstaatlichkeit zu arbeiten. Am Hindukusch stellt die Bundesrepublik ja das größte Kontingent – gerade die weitgehende Zerschlagung von El Kaida in Afghanistan dürfte andere Regime zumindest teilweise davon abhalten, den Terror zu unterstützen. Insofern wirkt das westliche Anti-Terror-Engagement am Hindukusch weltweit abschreckend. Insgesamt zeigt der Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan eines deutlich: Ein Waffengang zum Sturz eines barbarischen Regimes kann humaner sein als Gewaltfreiheit.

Gefahr und möglicher Schutz

Zwar erklären die deutschen Sicherheitsbehörden, bislang keine konkreten Hinweise auf geplante Anschläge in Deutschland erlangt zu haben. Doch Deutschland kann durchaus vom Ruhe- und Vorbereitungsraum zum Ausführungsgebiet mutieren. In Deutschland leben laut Verfassungsschutz bereits mehrere tausend gewaltbereite Islamisten. Mehr noch: El Kaida hat Deutschland bekanntlich schon mit Anschlägen gedroht! Wenn El Kaida allerdings erklärt, unter bestimmten Bedingungen in Europa künftig auf Anschläge zu verzichten, handelt es sich dabei wohl um den demagogischen Ver-

such, einen Keil zwischen Europa und die USA zu treiben.

Die Furcht vor Anschlägen steigt in Deutschland auch in der Bevölkerung, insbesondere seit den Morden von Madrid. Die große Mehrheit befürchtet seither Terrorakte in Deutschland, wie Untersuchungen des Institutes für Demoskopie Allensbach zeigen. Vierundvierzig Prozent der Bürger meinen allerdings, die Verantwortlichen müssten mehr gegen die Bedrohung tun. Nur einunddreißig Prozent halten die bisherigen Vorkehrungen für hinreichend (der Rest äußert sich unentschieden). Die Furcht vor Terroranschlägen ist in Deutschland (mit achtundsiebzig Prozent) höher als in den USA.

Klar scheint: Es gibt keine absolute, sondern nur eine relative Sicherheit. Deshalb gilt es, äußerst wachsam zu bleiben. Alle Verantwortlichen müssen alles beitragen, was sie können, um solche Anschläge zu verhindern, bevor sie geschehen, bevor es zu spät ist – gewiss eine besonders schwere Aufgabe. Denn erstens agieren islamistische Terroristen üblicherweise als Selbstmordattentäter, weshalb abschreckende Maßnahmen weniger funktionieren als bei herkömmlichen Terroristen. Zweitens morden islamistische Verbrecher beinahe wahllos. Die feigen und skrupellosen Täter konzentrieren ihre Terrorakte bekanntlich weder auf politische noch auf militärische oder wirtschaftliche Entscheidungsträger. Die Opfer ihrer Mordanschläge sind meist normale Bürger, darunter ja auch viele Moslems. Millionen Bürger wirksam zu schützen fällt aber wesentlich schwerer als eine überschaubare Zahl an Entscheidungsträgern zu bewachen.

Es ist zwar leichter gesagt als getan: Doch erforderlich ist jetzt gelassene Entschlossenheit – statt Hysterie und Panik. Mindestens zwölf Maßnahmen eignen sich, die Menschen in Deutschland besser zu schützen.

Erstens gilt es, Polizeikontrollen auf Straßen, Bahnhöfen, Flughäfen, im öffentlichen Nahverkehr und auf Großveranstaltungen zu verstärken, wie es bereits vielerorts geschieht. Die Behörden dürfen nicht warten, bis Terroristen auch in Deutschland gemordet haben, sondern müssen das Menschenmögliche tun, um Morde frühzeitig zu verhindern. Im Kampf gegen Islamismus helfen keine Samthandschuhe. Winston Churchill warnt: „Die Beschwichtiger füttern das Krokodil in der Hoffnung, als Letzte gefressen zu werden.“ Zwar gilt es, weiter die schwierige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu wahren. Doch ohne Sicherheit gibt es keine wirkliche Freiheit; ohne Sicherheit regierte die pure Angst. Allerdings scheint klar: Zugangskontrollen wie auf Flughäfen lassen sich realistischerweise kaum ohne weiteres auf andere Verkehrsträger ausweiten.

Zweitens gilt es, Islamisten in ihren Behausungen noch stärker zu kontrollieren. Viele erinnern sich gewiss an die Fernsehbilder von der spektakulären Großrazzia am 12. Januar 2005, als es bundesweit umfangreiche Durchsuchungen in der islamistischen Szene gab. Über 700 Sicherheitskräfte durchkämmten seinerzeit Wohnungen von Verdächtigen in fünf Bundesländern, darunter waren auch Wohnungen in NRW, genauer in Bonn und in Düsseldorf. Bei diesen Razzien ergingen zwölf Haftbefehle. Die Behörden konnten zudem zwölf weitere Personen vorläufig festnehmen. Die Verdächtigen haben offenbar islamistische Aktivitäten mit Logistikstraftaten unterstützt. So sollen mehrere Beschuldigte gewerbsmäßig mit gefälschten französischen, belgischen und niederländischen Ausweispapieren gehandelt haben, um mit dem Erlös islamistische Aktivitäten zu finanzieren.

Mit anderen Worten: Hier mischen sich Islamismus und Allgemeinkriminalität. Es gelang, zahlreiche Beweismittel sicherzustellen, darunter Computer, isla-

mistisches Propagandamaterial, Blankopässe, Fälschungsutensilien. Für ihr Tun missbrauchten die Beschuldigten offenbar auch Moscheen und andere islamische Einrichtungen als Tarnung. Bereits im Jahr 2000 und 2001 gelang es den Behörden in Frankfurt am Main, fünf militante Islamisten festzunehmen, die damals kurz davor standen, den Weihnachtsmarkt in Straßburg in die Luft zu jagen.

Drittens kommt es darauf an, auch solche Islamisten stärker zu kontrollieren, die selbst wohl keine Anschläge begehen oder konkret planen. Dazu braucht es mehr V-Leute. Die Behörden müssen von jeder Moschee oder anderen islamischen Einrichtungen in Deutschland wissen, ob dort Islamisten agitieren beziehungsweise agieren. Wer allerdings versucht, Moslems pauschal zu diskreditieren, fördert Islamismus, der unter anderem beabsichtigt, Moslems zu fanatisieren.

Viertens sind alle Moslems in Deutschland aufgerufen, die deutschen Sicherheitsbehörden stärker beim Aufspüren von Islamisten zu unterstützen. Dem darf sich kein Moslem verweigern, der sich friedliebend nennt – gerade weil eine moslemische Minderheit den Massensmord vom 11. September 2001 feierte. Wer Angst hat, als Denunziant zu gelten, kann sachdienliche Hinweise anonym per Telefon geben.

Fünftens: Wer dazu aufruft, Ungläubige zu töten, muss Deutschland baldmöglichst verlassen. Erfreulich deshalb: Das neue Zuwanderungsgesetz erleichtert es, gefährliche Islamisten auszuweisen. Dies bezieht sich auf Menschen, die einer Vereinigung angehören, die den islamistischen Terror unterstützt; zudem auf jene, die eine solche Vereinigung fördern, und auf Hassprediger (Ermessensentscheidung). Worum es geht, ist nicht wenig: In Deutschland leben heute über drei Millionen Muslime. Sie gehören zu den Freunden, Nachbarn, Bekannten

oder Kollegen der anderen Bürger in Deutschland. Der allergrößte Teil der Muslime lebt rechtstreu und bemüht sich um Integration. Doch wenn Integration gelingen soll, braucht Deutschland künftig mehr Integration statt mehr Zuwanderung – insbesondere vorerst keine massenhafte Zuwanderung aus fremden Kulturkreisen.

Gerade weil Deutschland ein tolerantes Land ist, muss gelten: keine Toleranz den Intoleranten. Kein Wegducken, wenn jemand die Toleranz dazu missbraucht, für eine islamistische Ordnung zu werben – eine Ordnung, die ja exakt diese Toleranz abschaffen will, weil sie Absolutheit für die eigene Ideologie beansprucht. Gegen die kleine, aber hochgefährliche Minderheit der Islamisten in Deutschland vorzugehen ist das Recht, ja sogar die Pflicht der Behörden. Die Devise muss lauten: Fremdenfreundlichkeit ja, Fanatikerfreundlichkeit nein. Es bleibt abscheulich und niemals hinnehmbar, wenn islamistische Brunnenvergifter etwa äußern: „Amerika ist ein großer Teufel, Großbritannien ein kleiner, Israel ein blutsaugender Vampir [...] Wir müssen die Ungläubigen bis in die tiefste Hölle treiben. Wir müssen zusammenhalten und uns ruhig verhalten, bis es soweit ist. Wir müssen die Demokratie für unsere Sache nutzen. Wir müssen Europa mit Moscheen und Schulen überziehen“ (zitiert nach *Die Welt*, 5. Juni 2003, Predigttext laut Verfassungsschutzbericht Bayern). Solche Sätze offenbaren eine Geisteshaltung, die fundamental dem Grundgesetz widerspricht. Wer so redet oder schreibt, verliert sein Aufenthaltsrecht, ja betreibt selbst seine eigene Abschiebung.

Sechstens gilt es, eventuell bestimmte Islamisten in vorbeugende Sicherungshaft zu nehmen. Zum Beispiel ausgebildete Terroristen, die nachweislich ein Ausbildungslager absolviert haben. Mitunter können die Behörden solchen Leuten zwar noch keine konkrete Beteili-

gung an Anschlägen nachweisen. Dennoch muss sich Deutschland vor solchen Top-Gefährdern schützen – gerade auch dann, wenn es unmöglich ist, sie abzuschieben, weil ihnen in ihrem Heimatland unmenschliche Behandlung droht (In der Debatte über das Zuwanderungsgesetz hat Rot-Grün die vorbeugende Sicherungshaft verhindert). Die Behörden dürfen nicht warten, bis solche Leute damit beginnen zu morden.

Siebtens braucht Deutschland eine Kronzeugenregelung. Wer aus der islamistischen Szene relevante Hinweise liefert, soll Strafmilderung erhalten; Hinweise etwa, die helfen, einen Anschlag zu verhindern. Konspirative Strukturen und Dunkelfelder lassen sich oft gerade dann aufhellen, wenn die Behörden jene Informanten belohnen, die umfassend aussagen.

Achtens gilt es, Knotenpunkte mit Videokameras zu überwachen. Wie wirksam die Videoüberwachung sein kann, hat die rasche Aufklärung sowohl der Anschläge vom 11. September 2001 gezeigt als auch der Attentate in London. Islamisten und andere Verbrecher scheinen viel gefährlicher zu sein als Staatsdiener im Rechtsstaat, die Videoaufnahmen missbrauchen könnten. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz mutieren. Nicht schärfere Gesetze bedrohen den Rechtsstaat, sondern absolut skrupellose Terroristen.

Neuntens gehtes darum, (stärker) durch biometrische Daten und DNA-Analysen Täter beziehungsweise Verdächtige festzustellen. Gerade die Aufklärung des Mordes an Rudolf Moshhammer mithilfe der DNA-Datenbank des BKA, aber auch viele andere aufgeklärte Verbrechen, insbesondere Sexualstraftaten, haben gezeigt, wie hilfreich die DNA-Analyse sein kann. Sicherheitsexperten fordern deshalb aus gutem Grund, bei der erkennungsdienstlichen Behandlung stets auch DNA-Proben zu nehmen. Der genetische Fingerabdruck könnte helfen, Verbrechen

– gerade auch Anschläge – zu verhindern. Übrigens unterstützen laut Allensbach 71 Prozent der Bürger eine derart ausgeweitete DNA-Analyse, nur zwanzig Prozent erheben prinzipielle Einwände dagegen.

Zehntens kommt es darauf an, Informationen über Verdächtige international stärker zu vernetzen. Denn die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen zunehmend. Die Sicherheitsbehörden sollen leichter und rascher Informationen über international agierende Terroristen und andere Straftäter gewinnen können. Überhaupt müssen die Sicherheitsbehörden im In- und Ausland mehr Daten über Verdächtige sammeln und einander zugänglich machen.

Elftens fordert das neue Zuwanderungsgesetz die Regelanfrage beim Verfassungsschutz: sowohl bei der Einbürgerung als auch vor Erteilung einer Niederlassungserlaubnis. Damit haben die großen Parteien das Sicherheitsnetz enger geknüpft – vor allem auf Initiative der CDU/CSU.

Zwölftens gilt es, in Deutschland verstärkt einen zugleich menschenfreundlichen und realistischen Dialog mit Vertretern des Islam zu führen. In diesem Dialog gilt es, Antworten auf wichtige Fragen einzufordern. Gewiss führten und führen offenbar auch andere Religionen zu Fanatismus; gewiss bereichern viele Muslime die bundesdeutsche Gesellschaft. Dennoch gilt es, Fragen zu stellen nach der Interpretation von Koransuren, die dazu aufrufen, Ungläubige zu töten. Zwar gibt es auch im Alten Testament martialische Passagen. Doch in Deutschland bildet die Bibel kein Fundament der Rechtsprechung – anders als der Koran in islamischen Ländern.

Islam und Religionsfreiheit

Wichtig scheinen auch Antworten auf Fragen nach religiöser Toleranz und Religionsfreiheit in muslimischen Ländern

und der Gleichberechtigung von Mann und Frau im Islam. Vor allem: Warum gibt es kein islamisches Land, das eine rechtsstaatliche Demokratie ist? Deutschland kann sich glücklich schätzen, dass die große Mehrheit der Moslems in der Bundesrepublik aus der Türkei stammt; ein mit Deutschland eng befreundetes Land (doch nicht alle Freunde Deutschlands gehören in die EU), das ansatzweise eine Art von Aufklärung erlebte – zumindest in der Zeit Atatürks. Gerade weil es aber selbst in der aktuellen Türkei erhebliche Probleme mit Religionsfreiheit gibt, sollte der türkische Premierminister überlegen, ob er kein Eigentor schießt, wenn er die EU einen „Christenklub“ nennt, weil es erhebliche Bedenken gibt, das außereuropäische Land in die EU aufzunehmen – in der EU herrscht jedenfalls mehr Religionsfreiheit als in muslimischen Ländern, die Christen bedrängen, verfolgen oder gar töten. Kurz: Der Türkei mangelt es an Beitritts-, der EU an Aufnahmefähigkeit. Mit der Türkei wäre das Projekt „Politische Union“ vorerst beendet – die heutige EU ist ja mehr als ein Wirtschaftsclub.

Fazit: Der islamistische Terror bildet derzeit die größte Bedrohung für die öffentliche Sicherheit in Deutschland. Zwar haben die islamistischen Anschläge die westliche Verwundbarkeit gezeigt, doch umgekehrt haben die Behörden bereits einige Erfolge gegen El Kaida errungen, auch wenn noch viel zu tun bleibt. Die Verantwortlichen müssen nun den Fahndungsdruck hochhalten, um Täter und Verdächtige bestmöglich abzuschrecken, um Attentatspläne rechtzeitig aufzudecken und aufzuklären. Täter und dringend Verdächtige dürfen sich niemals und nirgendwo in Deutschland sicher fühlen. Bei allen Unterschieden zu anderen Tyrannen: Erneut gilt es, die rechtsstaatliche Demokratie gegen totalitäre Freiheitsfeinde zu verteidigen. „Das Einzige, was wir fürchten müssen, ist die Furcht“ (Franklin Delano Roosevelt).